

92.3102

Motion Gonseth**Systematische Atemluftkontrollen
(Alkohol am Steuer)****Contrôles systématiques à l'éthylomètre***Wortlaut der Motion vom 18. März 1992*

Der Bundesrat wird eingeladen:

1. so rasch wie möglich die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit im Strassenverkehr systematische Atemluftkontrollen durchgeführt werden können;
2. in der Zwischenzeit im Sinne eines Versuches in verschiedenen Landesteilen systematische Atemluftkontrollen durchzuführen und wissenschaftlich auswerten zu lassen.

Texte de la motion du 18 mars 1992

Le Conseil fédéral est chargé:

1. d'élaborer aussi vite que possible les bases légales autorisant les contrôles systématiques à l'éthylomètre sur la personne des conducteurs;
2. dans l'intervalle et à titre d'essai, de faire effectuer des contrôles de ce type dans diverses régions du pays et d'en présenter les résultats dans un rapport scientifique.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bär, Diener, Gardiol, Holenstein, Jöri, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Schmid Peter, Steffen, Weder Hansjürg, Wiederkehr (13)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Weltweit steht die Schweiz mit ihrem Pro-Kopf-Alkoholkonsum von elf Litern an drittviertelster Stelle, und alkoholbedingte Unfälle im Strassenverkehr stellen bei uns eines der schwerwiegendsten sozialen Probleme dar.

1990 wurden in der Schweiz 7433 Alkoholunfälle registriert (die Dunkelziffer dürfte viel höher sein). Dabei gab es 158 Tote und 3413 Verletzte. Etwa jeder fünfte Verkehrstote ist ein Opfer des Alkohols.

Bei über 0,5 Promille Alkohol im Blut erhöht sich die Unfallgefahr um das Zweifache, bei 0,8 Promille um das Vierfache und bei 1,5 Promille ist die Unfallgefahr 16mal so gross wie in nüchternem Zustand. Die Gefahr eines alkoholbedingten Unfalles ist in den Nächten des Wochenendes besonders gross. In der Schweiz wird die Unfallprävention dadurch stark erschwert, dass die meisten Leute die Erfahrung machen, dass das Führen eines Fahrzeuges sich mit Alkoholkonsum durchaus vereinen lässt und keine Konsequenzen nach sich zieht, denn bisher sind in der Schweiz Atemlufttests nur bei begründetem Verdacht möglich.

Ausländische Studien zeigen nun sehr deutlich, dass systematische Atemluftkontrollen im Strassenverkehr verbunden mit guter Öffentlichkeitsarbeit sehr wirksam zur Verhütung von alkoholbedingten Unfällen sind:

– Ohne grösseren Polizeieinsatz wurden in Den Haag 1986 einige Monate lang systematische Reihen-Atemlufttests durchgeführt. Die Zahl der Fahrer mit mehr als 0,5 Promille Blutalkoholkonzentration ging an Wochenenden von 12 auf 8 Prozent zurück.

– In Sidney wurde eine Untersuchung während drei Jahren mit erhöhtem Polizeieinsatz durchgeführt. Die Massnahmen wurden wie in Den Haag breit veröffentlicht. Jeder neunte Führerscheinbesitzer musste mit einer Kontrolle pro Jahr rechnen. Die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang verringerte sich um 20 Prozent, an Wochenenden sogar um 40 Prozent.

Der Nutzen solch verbesserter Polizeikontrollen übertrifft die Kosten bei weitem. Besonders wichtig ist dabei auch die Prävention des immateriellen Schadens, welcher sich nicht in Zahlen ausdrücken lässt.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates**vom 31. August 1992**Rapport écrit du Conseil fédéral
du 31 août 1992*

1. Gesetzliche Grundlage für systematische Atemluftkontrollen: Der Bundesrat ist bereit, Ziffer 1 der Motion entgegenzunehmen.
2. Durchführung eines Versuchs in verschiedenen Landesteilen: Der Bundesrat hat weder die Kompetenz noch die Mittel, Versuche mit systematischen Atemluftkontrollen durchzuführen. Gemäss Artikel 106 Absatz 2 SVG sind die Kantone zuständig, dieses Gesetz durchzuführen. Mangels gesetzlicher Grundlage könnte ein solcher Versuch ohnehin nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, was die Resultate verfälschen würde. Daher ist Ziffer 2 der Motion abzulehnen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates**Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, Ziffer 1 der Motion zu überweisen und Ziffer 2 abzulehnen.

*Ziff. 1 – Ch. 1**Überwiesen – Transmis**Ziff. 2 – Ch. 2**Abgelehnt – Rejeté*

92.3117

**Motion
der sozialdemokratischen Fraktion
Lex-Friedrich-Liberalisierung.
Ersatzgesetzgebung**

**Motion
du groupe socialiste
Lex Friedrich.
Législation de substitution**

Wortlaut der Motion vom 19. März 1992

Der Bundesrat wird beauftragt, bundesgesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiet der Raumplanung oder des Bodenrechts zu erlassen, die sicherstellen, dass die für den EWR aufzuhebende Lex Friedrich auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des EWR-Vertrages durch gleich wirksame Bestimmungen ersetzt wird. Insbesondere geht es um bundesrechtliche Beschränkungsmöglichkeiten des Zweit- und Ferienwohnungsbaus sowie der Parahotellerie. Die gesetzlichen Anpassungen haben so rasch zu erfolgen, dass sie in Zusammenhang mit der Eurolex parlamentarisch behandelt werden können.

Texte de la motion du 19 mars 1992

Le Conseil fédéral est chargé d'édicter des dispositions légales dans le domaine de l'aménagement du territoire ou du droit foncier, dispositions assurant que la Lex Friedrich, qui devra être supprimée dans la perspective de l'EEE, sera remplacée, au moment de l'entrée en vigueur de l'Accord sur l'EEE, par des dispositions tout aussi efficaces. Le droit fédéral devra notamment permettre de restreindre la parahotellerie ainsi que la construction de résidences secondaires et d'appartements de vacances. Les adaptations des lois devront avoir lieu assez rapidement pour pouvoir être traitées par le Parlement en même temps qu'Eurolex.

Sprecher – Porte-parole: Bundi

Schriftliche Begründung

Die Lex-Friedrich-Bestimmungen müssen beim Inkrafttreten des EWR-Vertrages gegenüber den Angehörigen des EWR gelockert werden, und sie müssen nach einer Uebergangszeit von fünf Jahren in ihrem Kern aufgegeben werden. Dem Bericht «Kontaktgremium der Kantone» ist zu entnehmen, dass die erste Phase die folgenden vier Bereiche umfasst:

- alle Wohnungen – Haupt-, Zweit- oder Ferienwohnungen – für Angehörige von EWR-Vertragsstaaten, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben;
- Zweitwohnungen für Angehörige von EWR-Vertragsstaaten, die ihren Wohnsitz nicht in der Schweiz haben, hier aber regelmässig eine berufliche Tätigkeit ausüben;
- Grundstücke, die der Führung einer Betriebsstätte oder der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit dienen;
- Grundstücke, die der wirtschaftlichen Tätigkeit im primären Sektor und im Bereich der Parahotellerie (Ferienunternehmen) dienen.

Im Rahmen der Eurolex ist vorgesehen, mit einem neuen Artikel 7a der Lex Friedrich die Liste der Ausnahmen zu erweitern und damit die Liberalisierung in den obengenannten Bereichen zu vollziehen.

Grundsätzlich gehört nun zu dieser Befreiung des Kapitalverkehrs auch der Erwerb von Ferienwohnungen. Zwar gilt hier vorläufig noch eine Richtlinie der EG (Nr. 88/361), welche einzelnen Staaten einen Vorbehalt zugunsten einschränkender Regelungen zugesteht. Diese Richtlinie steht aber auf wackeligen Füßen, nachdem die EG ihre Absicht bekundet hat, die entsprechende Ausnahme aufzuheben.

Aus diesen Gründen bestehen berechtigte Befürchtungen, dass schon in der ersten Phase der Lex-Friedrich-Lockerung (Inkrafttreten des EWR-Vertrages) eine immense Nachfrage nach Erwerb von Grundeigentum, insbesondere im Zweitwohnungs- und Parahotelleriebereich, einsetzen wird. Einmal wird man mit einer Zunahme von Niederlassungen rechnen müssen, dann wird ein Teil der eine berufliche Tätigkeit Ausübenden die Gelegenheit benützen, um Grundeigentum zu erwerben; dazu kommt der ganze Bereich der Parahotellerie, der völlig freigegeben wird. Es ist davon auszugehen, dass die Gemeinden dem wachsenden Druck auf den Boden nicht standzuhalten vermögen. Der Bund darf sich deshalb nicht seiner Verantwortung entziehen und die Regelung von Ersatzmassnahmen lediglich den Kantonen und Gemeinden überlassen. Es ist im Vorfeld der Diskussionen zum EWR-Vertrag immer wieder gesagt worden, mit der Liberalisierung der Lex-Friedrich-Bestimmungen würden im Rahmen der inneren Reformen gleich wirksame Ersatzmassnahmen ergreifen, welche gegenüber den Angehörigen des EWR nichtdiskriminatorischen Charakter hätten, aber insgesamt den Druck auf den Erwerb von Grundstücken auffingen. Eben solche griffige Massnahmen erwarten wir jetzt auf Bundesebene.

Aus diesen Gründen ist vorzusehen, dass wirksame Gesetzesanpassungen im Sinne des «Vollzugsförderungsprogramms zum Raumplanungsgesetz» und des «Anschlussprogramms Bodenrecht im Siedlungsbereich (1991)» unverzüglich vorgenommen werden. Dazu gehören unseres Erachtens u. a. die Regelung von Wohnanteilplänen, Vorkaufsrechte für Mieter und Gemeinwesen, die Mehrwertabschöpfung und verpflichtende kantonale Nutzungszonen mit Höchstanteil von Zweitwohnungen. Erst solche Massnahmen repräsentieren einen echten Ersatz für die Liberalisierung der Lex Friedrich und sind deshalb vordringlich zu realisieren.

Développement par écrit

Dès l'entrée en vigueur de l'Accord sur l'EEE, les dispositions de la lex Friedrich devront être assouplies à l'égard des ressortissants des pays concernés et abolies dans leur essence même après une période de transition de cinq ans. Il découle du rapport du Groupe de contact des cantons que la première phase de libéralisation portera sur les quatre domaines suivants:

- tous les logements – principaux, secondaires ou de vacances – pour les ressortissants de pays signataires de l'Accord sur l'EEE, qui sont domiciliés en Suisse;

- les résidences secondaires pour les ressortissants de pays signataires de l'Accord, qui ne sont pas domiciliés en Suisse mais qui y exercent régulièrement une activité professionnelle;
- les biens-fonds servant à une exploitation ou à l'exercice d'une activité professionnelle;
- les biens-fonds servant à l'exercice d'une activité économique dans le secteur primaire ou dans le domaine de la parahotellerie (industrie touristique).

Dans le cadre d'Eurolex, il est prévu, par le biais d'un nouvel article 7a de la lex Friedrich, de compléter la liste des exceptions et de concrétiser ainsi, dans les domaines précités, les mesures de libéralisation envisagées.

En principe, qui dit libéralisation des mouvements de capitaux dit aussi acquisition de résidences secondaires. Certes, en l'occurrence, une directive de la CE (no 88/361) reste applicable, en vertu de laquelle certains Etats bénéficient d'une réserve en faveur de réglementations restrictives. Mais cette directive est en porte-à-faux depuis que la CE a fait connaître son intention de supprimer cette exception.

Pour ces motifs, il y a lieu de craindre à juste titre que, dès la première phase d'assouplissement de la lex Friedrich (entrée en vigueur de l'Accord sur l'EEE), la Suisse doive faire face à une ruée sur la propriété foncière, notamment pour ce qui est des résidences secondaires et de la parahotellerie. Il faudra d'abord s'attendre à une augmentation du nombre d'étrangers venant s'établir en Suisse; ensuite, une partie des personnes exerçant une activité professionnelle en Suisse en profitera pour acquérir des biens-fonds; enfin, tout le domaine de la parahotellerie sera entièrement libéralisé. On peut considérer que les communes n'arriveront pas à faire face à cette pression accrue sur la propriété foncière. Il ne faut donc pas que la Confédération se décharge de ses responsabilités et laisse les seuls cantons et communes mettre au point des mesures de substitution. A la veille des discussions relatives à l'Accord sur l'EEE, il a été dit bien des fois que, conjointement avec la libéralisation des dispositions de la lex Friedrich, des mesures de substitution tout aussi efficaces seraient adoptées dans le cadre des réformes internes; il a par ailleurs été précisé que ces mesures auraient un caractère non discriminatoire à l'égard des ressortissants des pays de l'EEE, mais qu'elles permettraient, dans l'ensemble, de faire face à la pression accrue sur la propriété foncière. Ce sont précisément ces mesures concrètes que nous attendons à présent sur le plan fédéral.

Pour les raisons qui précèdent, il convient de prévoir, par des adaptations de lois, de prendre des mesures efficaces, conformes au «Programme d'exécution de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire» et au «Programme complémentaire Droit foncier urbain» de 1991. Parmi les éléments à prendre en considération figurent, à notre avis, l'élaboration de plans d'affectation des bâtiments, l'institution d'un droit de préemption en faveur des locataires et des collectivités publiques, le prélèvement de plus-values et la création de zones d'affectation cantonales contraignantes dans lesquelles le nombre de résidences secondaires serait limité. Seules des mesures de ce type permettraient véritablement de compenser les effets de l'assouplissement de la lex Friedrich. C'est pourquoi il convient de les concrétiser sans plus tarder.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 31. August 1992

1. Aufgrund der im EWR-Vertrag vorgesehenen fünfjährigen Uebergangsfrist kann die Oeffnung des Immobilienmarktes schrittweise erfolgen. Während dieser Dauer wird der «harte Kern» der Lex Friedrich in Kraft bleiben. Demnach können Angehörige der EWR-Vertragsstaaten keine Grundstücke zum Zwecke des Immobilienhandels oder als reine Kapitalanlage erwerben. Was den Erwerb von Ferienwohnungen anbetrifft, bleibt das geltende Bewilligungs- und Kontingentierungssystem für Angehörige von EWR-Vertragsstaaten, die ihren Wohnsitz im Ausland oder die ihren Wohnsitz zwar in der Schweiz haben, hier aber keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen, weiterhin anwendbar.

2. Hinsichtlich der Ferienwohnungen gilt es hervorzuheben, dass Dänemark anlässlich des Gipfels von Maastricht zuge-

standen wurde, seine geltende Gesetzgebung über den Erwerb von Wohnungen, welche nicht das ganze Jahr über belegt sind, beizubehalten. Es ist somit nicht auszuschliessen, dass dieser Vorbehalt in der Kapitalverkehrsrichtlinie zugunsten des innerstaatlichen Rechts in diesem Bereich noch nach der Uebergangsfrist beibehalten werden kann. Offen bleibt, ob am Ende der Uebergangsfrist am Bewilligungssystem für den Erwerb von Ferienwohnungen durch nicht in der Schweiz ansässige Personen festgehalten werden soll. Eine Ueberprüfung dieser Frage hat während der Uebergangsperiode in Verbindung mit der Entwicklung in der Bodenrechtspolitik und der Raumplanung zu erfolgen, denn möglicherweise wird die Notwendigkeit einer Weiterführung der Lex Friedrich nach Ende der Uebergangsfrist generell in diesem Zusammenhang zu beurteilen sein.

3. Entgegen der Auffassung, die in der Motion vertreten wird, ist in einer ersten Phase der Liberalisierung kaum eine «immense Nachfrage nach Erwerb von Grundeigentum» zu befürchten. Aus der Studie Muggli (Immobilienmarkt Schweiz ohne Lex Friedrich, Chur 1991) geht hervor, dass diese Liberalisierung keine erheblichen Auswirkungen auf den Immobilienmarkt zur Folge haben wird. Die Nachfrage nach Ferienwohnungen dürfte nur leicht ansteigen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass im Bereich des freien Personenverkehrs ebenfalls eine Uebergangsfrist vorgesehen ist. Tatsächlich erstreckt sich die erste Phase der Liberalisierung auf jene Bereiche, die nach geltendem Recht der Bewilligungspflicht unterstehen und für die – in der Regel – die Bewilligung schon heute erteilt wird. Was die Parahotellerie anbetrifft (Wohneinheiten in einem Apparthotel unterstehen der gleichen Regelung wie die Ferienwohnungen), findet eine Liberalisierung zwar statt, aber nur insoweit, als das Zurverfügungstellen von Ferienwohnungen mit der Erbringung von weiteren Dienstleistungen verbunden wird.

4. Der Bundesrat erinnert an seinen 1991 gefassten Grundsatbschluss über ein Anschlussprogramm «Bodenrecht im Siedlungsbereich».

In der Zwischenzeit ermöglicht der Bundesbeschluss über die Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke eine wirksame Bekämpfung der Bodenspekulation. Verbunden mit der für die Anpassung der Lex Friedrich vorgesehenen Uebergangsfrist verbleibt somit genügend Zeit zur Vorbereitung und Realisierung mittel- und längerfristiger Massnahmen, welche ein besseres Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage garantieren. Dies hat unter Berücksichtigung der neuen – durch den EWR geschaffenen – Situation zu erfolgen.

Solche Ersatzmassnahmen können hingegen nicht im Rahmen des Eurolex-Verfahrens durchgeführt werden, da in diesem Verfahren nur Anpassungen realisiert werden können, welche sich direkt aus dem EWR-Vertrag ergeben. Im übrigen stehen die Bereiche der Raumordnungs-, Eigentums- und Wohnbaupolitik schon aus innenpolitischen Gründen unter erheblichem Reformdruck.

5. Daraus folgt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt weder nötig noch zweckmässig ist, Gesetzesrevisionen vorwegzunehmen, die während der Uebergangsfrist – welche gerade aus diesem Grunde verlangt wurde – realisiert werden können. Der Bundesrat beantragt demnach, die vorliegende Motion in die weniger verbindliche Form des Postulates umzuwandeln.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 31 août 1992

1. Grâce à la période transitoire de cinq ans prévue dans le Traité EEE, l'ouverture du marché immobilier pourra être réalisée progressivement. Durant cette période, le noyau dur de la lex Friedrich demeurera en vigueur: les ressortissants de l'EEE ne pourront pas acquérir des biens-fonds pour faire le commerce d'immeubles ou pour effectuer de purs placements de capitaux dans ce secteur; quant au système actuel d'autorisation et de contingentement pour l'achat de logements de vacances, il continuera à s'appliquer aux ressortissants de l'EEE qui ont leur domicile à l'étranger, ainsi qu'à ceux qui ont leur domicile en Suisse sans y exercer une activité lucrative.

2. En ce qui concerne les logements de vacances, il convient de relever que, dans le cadre du Sommet de Maastricht, le Danemark a été autorisé à maintenir sa législation en vigueur en matière d'acquisitions de biens immobiliers qui ne sont pas occupés toute l'année. Partant, il n'est pas exclu que la réserve portant sur le maintien des dispositions du droit national dans ce domaine et contenue dans la directive sur la libre circulation des capitaux soit maintenue au-delà de la période transitoire de cinq ans. Demeure dès lors ouverte la question de savoir si l'on maintiendra à l'issue de la période transitoire un système d'autorisation pour l'acquisition de logements de vacances par des personnes non domiciliées en Suisse. Cette question sera examinée durant la période transitoire en lien avec l'évolution des besoins dans les domaines de la politique foncière et de l'aménagement du territoire; il est en effet possible que, dans ce contexte, la question du maintien de la lex Friedrich doive être examinée de manière générale.

3. Contrairement à ce que soutiennent les auteurs de la motion, il n'y a pas vraiment lieu de craindre que, dès la première phase de libéralisation, «la Suisse doive faire face à une ruée sur la propriété foncière». En effet, il ressort de l'étude Muggli (Ch. Muggli, Immobilienmarkt Schweiz ohne Lex Friedrich, Coire 1991) que cette libéralisation ne devrait pas emporter des effets importants sur le marché immobilier. La demande de logements ne devrait que légèrement augmenter, notamment en raison des périodes transitoires également prévues pour la libre circulation des personnes. De fait, la première phase de libéralisation porte en principe sur des domaines où, selon le droit en vigueur, une autorisation d'acquérir est en règle générale octroyée. Quant à la parahotellerie (les appartements dans les apparthôtels sont régis de la même manière que les logements de vacances), il y aura libéralisation mais uniquement dans la mesure où la mise à disposition de logements de vacances est liée à d'autres prestations de service.

4. Le Conseil fédéral tient enfin à rappeler qu'il a décidé en 1991 du principe d'un programme complémentaire en matière de droit foncier dans le secteur urbain.

Dans l'intervalle, l'arrêté fédéral concernant un délai d'interdiction de revente des immeubles non agricoles permettra de lutter efficacement contre la spéculation foncière. Combiné avec la période transitoire prévue pour l'adaptation de la lex Friedrich, il laisse le temps nécessaire à la préparation et à la réalisation des mesures envisagées, à moyen et long termes, pour garantir un meilleur équilibre entre l'offre et la demande, tout en tenant compte de la nouvelle situation créée par l'EEE. Pareilles mesures de substitution ne peuvent pas être examinées dans le cadre de la procédure Eurolex. En effet, cette procédure ne porte que sur les adaptations qui découlent directement du Traité EEE. Au demeurant, les domaines de l'aménagement du territoire, de la propriété et de la construction de logements font déjà l'objet de réformes pour des motifs de politique intérieure.

5. Il appert de ce qui précède qu'il n'est pas nécessaire ni opportun d'anticiper des révisions législatives qui pourront être réalisées durant la période transitoire précisément exigée à cette fin. Aussi, le Conseil fédéral propose-t-il de transformer la présente motion en la forme moins contraignante d'un postulat.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

Präsident: Der Vorstoss wird von Herrn Leuba bekämpft. Die Diskussion wird verschoben.

Verschoben – Renvoyé

Motion der sozialdemokratischen Fraktion Lex-Friedrich-Liberalisierung. Ersatzgesetzgebung

Motion du groupe socialiste Lex Friedrich. Législation de substitution

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.3117
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2158-2160
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 675